

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft
Band: 13 (1973)
Artikel: Politische Meinungsführer und Demokratie
Autor: Geissler, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-171838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE MEINUNGSFÜHRER UND DEMOKRATIE

von Rainer Geissler

Dr. phil., Assistent am Soziologischen Seminar, Universität Basel

Das Phänomen der Meinungsführer (MF) und die eng damit zusammenhängende Theorie vom „Zweistufenfluss der Kommunikation“ sind seit der Pionierstudie von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet¹ zu einem der Angelpunkte der Kommunikationsforschung geworden. Für die Politiksoziologie, die sich mit Fragen der politischen Kommunikation befasst, sind politische MF informelle Führer in Kleingruppen, die in einer Doppelrolle als selektive Informationsvermittler und als Beeinflusser Wirkung entfalten². In der neueren Meinungsführer-Literatur werden häufig Zweifel an der Existenz oder an der Wirksamkeit der MF geäußert³. Diese Kritik zielt jedoch im wesentlichen auf Hypothesen einer *allgemeinen* Theorie der MF, sie orientiert sich jedoch weniger an dem speziellen Phänomen der *politischen* MF. Wissenschaftler, die mit der politischen Praxis in enger Berührung stehen, sind vielmehr weiterhin von der grossen Bedeutung dieser „Relaisstationen“ im Netz politischer Basiskommunikation⁴ überzeugt.⁵ Auch die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus der Schweiz weisen die Existenz von politischen MF nach und lassen Rückschlüsse auf ihre Wirkungsmöglichkeiten zu.

Wir wollen im folgenden einige Ergebnisse dieser Studie referieren (Abschnitt I) und anschliessend der Frage nachgehen, welche Funktionen die MF im demokratischen Prozess innehaben und wie ihre Funktionen von einer partizipatorischen Demokratie-Theorie her beurteilt werden können (Abschnitt II).

- 1 P. Lazarsfeld/B. Berelson/H. Gaudet, *Wahlen und Wähler*, Neuwied/Berlin 1969 (zuerst 1944).
- 2 Vgl. dazu neben Lazarsfeld u.a. *op. cit.* die beiden anderen klassischen Studien über politische MF von B. Berelson/P. Lazarsfeld/W. McPhee, *Voting*, Chicago 1954 und von E. Katz/P. Lazarsfeld, *Personal Influence*, Glencoe, Ill. 1955.
- 3 Z.B. bei V.C. Troidahl/R. van Dam, „Face-to-Face communication about Major Topics in the News“, *Public Opinion Quarterly* Bd. 29 (1965–66), S. 626–634; L. R. Bostian, „The Two-Step Flow Theory: Gross Cultural Implications“, *Journalism Quarterly*, Bd. 47 (1970), S. 109–117; K. Renckstorff, „Zur Hypothese des ‚two-step flow‘ der Massenkommunikation“, *Rundfunk und Fernsehen*, Bd. 18 (1970), S. 314–331; H. Kreutz, „Einfluss von Massenmedien, persönlicher Kontakt und formelle Organisation“, F. Ronneberger (Hrsg), *Sozialisation durch Massenmedien*, Stuttgart 1971, S. 172–214.
- 4 Zu diesem Begriff s. R. Geissler, *Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie*, Tübingen 1973, S. 1.
- 5 Z. B. W. Kaltefleiter, „Aus dem Jungbrunnen der Opposition trinken“, *Der Spiegel* 50/1972, S. 62. Vgl. auch J. W. Kingdon, „Opinion Leaders in the Electorate“, *Public Opinion Quarterly*, Bd. 34 (1970), S. 256–261.

Tabelle 1: Bedeutung der Informationsquellen bei den Nationalratswahlen 1971

	Von 100 Personen					
	erfuhren über die Wahlen			erhielten		
	nichts	wenig	viel	die mei- sten Infor- mationen	die be- sten Infor- mationen	nannten als wichtig- ste Informa- tionsquelle
Zeitungsberichte	17	29	53	30	35	27
Wahlsendungen im Fernsehen	28	22	50	32	43	29
Flugblätter der Parteien	27	35	37	17	7	5
Broschüren der Parteien	34	30	36	16	9	5
Amtliche Wahllisten	35	30	35	6	2	5
Wahlsendungen im Radio	39	26	35	15	17	5
Wahlinserate in Zeitungen	28	29	33	9	3	2
Gespräche in der Familie	35	33	32	18	6	10
Gespräche mit Freunden/Bek.	37	39	24	10	4	3
Plakate	40	40	20	3	2	0
Gespräche am Arbeitsplatz	60	22	18	6	2	2
Gespräche mit Nachbarn	71	23	6	2	1	0
Gespräche im Verein	84	10	6	2	0	1
Wahlveranstaltungen	87	7	6	4	2	1
Gespräche im Stammlokal	86	9	5	1	0	0
Gespräche mit Kandidaten	90	5	5	2	2	1

I. Politische Meinungsführer in der Schweiz

1. Ansatz und Methode der Untersuchung

Das empirische Material dieses Kapitels stammt aus einer Umfrage, die das Soziologische Seminar der Universität Basel im Jahre 1972 im Kanton Baselland durchführte. Im Januar und Februar 1972, also etwa drei Monate nach den Wahlen zum schweizerischen Nationalrat, die im Kanton Baselland mit den Wahlen des Ständerates gekoppelt waren, interviewten Studenten mit einem standardisierten Fragebogen eine repräsentativ ausgewählte Gruppe (Zufalls-sample, N= 1027) der Stimmbürger des Kantons Baselland. Die Untersuchung, die nach dem Multimethodenansatz durchgeführt wurde und bei der die Umfrage nur eines von mehreren Untersuchungsinstrumenten war, ist keine Spezialanalyse zum Problem der MF, sondern im Mittelpunkt stand die Frage nach den Ursachen der politischen Abstinenz der schweizerischen Stimmbürger.⁶ Den Fragen der politischen Kommunikation, wurde ein relativ breiter Raum in der Gesamtuntersuchung eingeräumt, weil in Kommunikationsbarrieren, in Störungen der politischen Basiskommunikation eine der Hauptursachen für die mangel-

6 Die Untersuchungsergebnisse sind festgehalten in P. Trappe (Hrsg.), *Partizipation und Abstinenz*, Basel 1972 (Maschinenschrift). Der Untersuchungsbericht wurde verfasst von E. Buser, M. Degen, R. Fahrni, R. Geissler, M. Th. Schleiniger, K. Schrape, E. Stalder, P. Trappe.

hafte politische Partizipation vermutet wurde. Die wiedergegebenen Daten, die Rückschlüsse auf das spezielle Problem der MF zulassen, sind also nur ein Nebenprodukt der Erhebung. Obwohl sie aus diesen Gründen zu wenig differenziert sind, um die allgemeine Theorie der politischen MF ein wesentliches Stück voranbringen zu können, und obwohl aus finanziellen Gründen eine weitere statistische Aufbereitung des Materials (es konnte z. B. keine multivariate Auswertung vorgenommen werden) nicht möglich war, sind sie m. E. eine Veröffentlichung wert, weil Untersuchungen über politische MF in der Schweiz bisher nicht vorhanden sind.

Der methodische Ansatz folgt der Tradition der Survey-Wahlstudien; ähnlich beschränkt sind die Aussagen, die sich eindeutig empirisch abstützen lassen. Follow-up-Interviews wurden nicht durchgeführt, so dass präzise Aussagen über die Dyaden von MF und ihren Gesprächspartnern, über die Wirkung der MF bei ihren Gesprächspartnern, über die Richtung der Kommunikations- und Beeinflussungsströme nicht möglich sind.

2. Politische Gespräche als Informationsquelle

Die Reichweite des Einflusses der MF konnte nicht exakt empirisch ermittelt werden. Aus verschiedenen Daten über die Bedeutung des politischen Gesprächs als Informationsquelle lassen sich jedoch Anhaltspunkte dafür gewinnen, in welchen Gesprächskreisen MF überhaupt Wirkung entfalten können. Ebenso lässt sich eindeutig die Gruppe der Bevölkerung bestimmen, die auf keinen Fall mit MF in Berührung kommt.

Die Bedeutung der personalen Informationskanäle bei den Nationalratswahlen 1971

Während des Wahlkampfes im Herbst 1971 dominieren zwar Fernsehen und Zeitung als die bedeutendsten Informationsquellen, aber auf Platz 3 rangiert bereits das Gespräch in der Familie (Tabelle 1). Viele Stimmbürger diskutierten auch im Freundes- und Bekanntenkreis (63 %) und am Arbeitsplatz (40 %) über die Nationalratswahl. Weniger bedeutsam waren das politische Geplauder von Wohnungstür zu Wohnungstür (29 %), im Verein (16 %) oder am Biertisch (14 %).

Die Häufigkeit politischer Gespräche

Aus Tabelle 2 wird deutlich, dass die Wahlen häufig Gesprächsgegenstand vieler Stimmbürger waren. Mehr als die Hälfte unterhält sich mindestens ab und zu über Politik. Nur für etwa ein Viertel sind politische Themen ein Tabu.

Man kann also annehmen, dass MF mit etwa Dreivierteln der Bevölkerung zumindest sporadisch in Berührung kommen, wenn man voraussetzt, dass an den politischen Gesprächen normalerweise MF teilnehmen. Bei den Angaben über die

Tabelle 2: Häufigkeit politischer Gespräche

	Von 100 Stimmbürgern unterhielten sich über die Nationalratswahlen 1971
nie	26
selten	15
ab und zu	42
häufig	16

Bedeutung und über die Häufigkeit der politischen Gespräche ist allerdings zu berücksichtigen, dass sie sich nicht auf den politischen Alltag, sondern auf die besondere Situation während des Wahlkampfes beziehen. In der angeregten politischen Atmosphäre vor der Wahl nehmen die Intensität der politischen Kommunikation im allgemeinen und auch die Häufigkeit, mit der politische Themen vom Mann zu Mann diskutiert werden, zu.⁷ Der politische Alltag verläuft ruhiger. Ob davon auch die Relationen von massenmedialen und personalen Informationsquellen betroffen werden, müsste noch abgeklärt werden.

Welche Bevölkerungsgruppen sprechen über Politik? *Geschlechtsunterschiede* spielen vor allem bei der intensiven personalen Kommunikation eine Rolle. 23 % der Männer, aber nur 10 % der Frauen sprachen häufig über die Nationalratswahlen.

Von den *Berufsgruppen* heben sich vor allem die Rentner negativ – 45 % sprachen nie über die Wahlen – und die Spitzenberufe positiv – 42 % sprachen häufig über die Wahlen – ab. Etwa jeder 4. Angestellte und Beamte, aber nur jeder 6. Arbeiter führte häufig politische Gespräche.

Die Gesprächskreise verschiedener Bevölkerungsgruppen

Untersucht man die Bevölkerungsgruppen, die aus bestimmten personalen Informationsquellen viel über die Nationalratswahlen erfahren haben, auf ihre soziale Zusammensetzung hin, so stellt man interessante Unterschiede fest.

Tabelle 3: Die Nutzung personaler Informationsquellen durch Männer und Frauen

	Von 100 Personen erfahren viel über die Wahlen durch . . .		
	alle Stimmbürger N=1027	Männer N=505	Frauen N=521
Familie	32	21	42
Freunde/Bekannte	24	29	18
Arbeitskollegen	18	29	7
Nachbarn	6	8	4
Verein	6	9	3
Stammlokal	5	8	1

7 L. W. Milbrath, *Political Participation*, Chicago 1965, S. 41; H. D. Klingemann, *Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung*, Meisenheim am Glan 1969.

Frauen sind in besonderem Masse von Informationen durch andere Familienmitglieder abhängig. Gegenüber familienexternen Gruppen sind sie weitaus zurückhaltender bei politischen Gesprächen als die Männer. Am ehesten sprechen sie noch im Bekanntenkreis über die Wahlen. Auch am Arbeitsplatz nehmen sie kaum an politischen Gesprächen teil.⁸ Und politische Diskussionen im Verein und vor allem im Wirtshaus sind vorwiegend Männersache. Die Unterschiede der weiblichen und der männlichen politischen Kommunikationsmuster sind Ausdruck einer Männergesellschaft, in der der Mann die öffentlichen und halb-öffentlichen Bereiche des sozialen Lebens – Politik, öffentliche Geselligkeit, Vereinsleben, Berufsleben – dominiert und die Frau in die Enge des Primärgruppenseins verweist. Die Ehemänner und andere Verwandte stellen die Kontaktstellen der im Familien- und Freundeskreis isolierten Frauen mit dem politischen Bereich dar.

Auch die verschiedenen *Berufsgruppen* diskutieren in unterschiedlichen Kreisen über Politik. In Arbeiterfamilien wurde nur wenig über die Nationalratswahlen gesprochen (18 %)⁹. Da die Arbeiter dafür überdurchschnittlich viele Gespräche in Stammlokalen (30 %), am Arbeitsplatz (25 %) und im Verein (22 %) führen, kann man davon ausgehen, dass die soziale Distanz der Arbeiterfrau zum politischen Bereich besonders stark ausgeprägt ist.

Im Freundeskreis diskutieren hauptsächlich die mittleren und oberen Berufsgruppen über Politik (mittlere Angestellte und Beamte – 31 %, höhere Angestellte und Beamte – 36 %, freie Berufe, Unternehmer u. ä. – 45 %). Am Arbeitsplatz führen neben den Arbeitern auch Akademiker (33 %) und mittlere Angestellte und Beamte (33 %) häufig politische Gespräche. Politische Diskussionen im Verein und im Stammlokal sind ausser für die Arbeiter (22 % bzw. 30 %) auch für die mittleren Angestellten und Beamten (29 % bzw. 23 %) eine wichtige Informationsquelle. Für Pensionäre spielt wiederum die Familie eine wichtige Rolle (37 %).

Bei den *Altersgruppen* fällt auf, dass sowohl die jüngsten Stimmbürger zwischen 20 und 22 Jahren als auch die älteren über 60 Jahre, die sich unterdurchschnittlich stark durch Massenmedien unterrichten, überdurchschnittlich häufig personale Informationsquellen nutzen. Bei den jüngsten bilden dabei die Gespräche mit Freunden und Arbeitskollegen, bei den älteren die Gespräche in der Familie, im Verein und in der Nachbarschaft einen Ersatz für das massenmediale Informationsdefizit.

Über die Richtung der Kommunikation und des Einflusses zwischen den verschiedenen Berufsgruppen können unsere Daten keine Aussagen machen. So kann z. B. auch nicht der für die Machtstruktur interessante Frage nachgegangen werden, ob es neben horizontalen Einflüssen innerhalb der Schichten

8 Es gibt etwa doppelt so viele berufstätige Männer wie Frauen, aber viermal so viele Männer, die am Arbeitsplatz viel über die Nationalratswahlen erfahren haben.

9 Die Werte in Klammern geben an, wieviele Prozent der jeweiligen Gruppe viel aus den betreffenden personalen Quellen über die Wahl erfahren. Die Vergleichswerte für den Bevölkerungsdurchschnitt sind aus Spalte 1 von Tabelle 1 ersichtlich.

auch vertikale Einflüsse über die Schichtgrenzen hinweg „von oben nach unten“ gibt, wie es in den USA vor allem für den tertiären Sektor – die Spitzen der Berufshierarchien und der Bürokratien beeinflussen die mittleren und unteren Dienstklassen – sowie für die verschiedenen Gruppen der Arbeiterschaft – die Gelernten beeinflussen die An- und Ungelernten – zutrifft.¹⁰ Die Tatsache, dass Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie auch die oberen Berufe relativ viel über die Wahlen am Arbeitsplatz erfahren, dass also am Arbeitsplatz relativ viel über Politik geredet wird, könnte auf solche vertikale Einflusststrukturen hindeuten.

Das Niveau der politischen Gespräche

Zwischen dem Informationsniveau¹¹ der Gesprächspartner und den verschiedenen Gesprächskreisen ergeben sich folgende Zusammenhänge:

Tabelle 4: Das Niveau der politischen Gespräche

	Kontingenzkoeffizient C
Arbeitsplatz	0.39
Freunde, Bekannte	0.38
Stammlokal	0.23
Verein	0.19
Familie	0.17

Das Niveau der politischen Diskussionen am Arbeitsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis ist am höchsten, die Familiengespräche werden dagegen von Diskussionspartnern mit wenig politischem Wissen geführt. Die Erklärung für diese Unterschiede ist einfach: Männer, höhere Berufsgruppen und mittlere Jahrgänge sind besser informiert als Frauen, untere Berufsgruppen und ältere Personen. Gespräche am Arbeitsplatz und im Bekanntenkreis werden hauptsächlich von Männern und mittleren und oberen Berufsgruppen geführt, im Verein diskutieren dagegen hauptsächlich mittlere und untere Berufe sowie ältere Leute, und an den Familiengesprächen nehmen viele Frauen und ältere Personen teil.

Zusammenfassung: mögliche Wirkungskreise für politische Meinungsführer

Familien, Freundeskreis und Arbeitsplatz sind die Kommunikationskreise, in denen politische MF die meiste Aktivität entfalten können. Für die MF der mittleren und unteren Berufsgruppen sind auch Vereine und Stammlokale ein wichtiges Betätigungsfeld. In der Familie, dem „Hauptumschlagplatz“ für politische Informationen und Meinungen, wirkt sich die Dominanz der Erwerbstätigen über die Gruppen aus, die aus Altersgründen oder wegen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen vom Erwerbsleben ausge-

¹⁰ Dazu Katz/Lazarsfeld, op. cit., S. 278; Berelson u. a., op. cit., S. 104f. F. E. Lowe/Th. C. McCormick, „A Study of the Influence of Formal and Informal Leaders in an Election Campaign“, in: *Public Opinion Quarterly*, Bd. 20 (1956), S. 655.

¹¹ Das Informationsniveau wurde mit einem Index gemessen, in den die Antworten auf drei Fragen – nach den politischen Parteien, die im Kanton Baselland an den Wahlen teilgenommen haben, nach den beiden Ständeratskandidaten des Kantons und deren Parteizugehörigkeit – eingegangen sind.

geschlossen sind. Wer in den anderen Gesprächskreisen wen beeinflusst, bedarf noch der empirischen Abklärung. Interessant dürften dabei die politischen Kommunikationsnetze am Arbeitsplatz sein, die von allen Berufsgruppen recht ausgiebig genutzt werden.

3. Politische Meinungsführer

Die operationelle Definition

Der Begriff des MF ist in jeder Studie anders operationell definiert worden. Wir waren durch die Anlage der Untersuchung (Sample Survey) gezwungen, MF nach dem Selbsteinschätzungsverfahren zu ermitteln¹² und entschieden uns dabei für folgende Operationalisierung:

Meinungsführer Typ I (aktive) sind Personen, die *häufig* über die Wahlen mit anderen sprechen und die häufiger oder genauso oft in politischen Dingen um ihre Meinung gefragt werden wie ihre Verwandten und Bekannten.

Meinungsführer Typ II (weniger aktive) sind Personen, die *ab und zu* über die Wahlen mit andern sprechen und die häufiger oder genauso oft in politischen Dingen um ihre Meinung gefragt werden wie ihre Verwandten und Bekannten. Typ I und II unterscheiden sich voneinander also nur durch die Häufigkeit, mit der sie politische Gespräche führen.

Mit diesen beiden Typen können wir nicht die agierenden von den reagierenden MF unterscheiden, wir können auch nicht trennen zwischen MF, die vorwiegend Ratschläge erteilen und solchen, die eher „gleichrangige“ Gesprächspartner sind. Unsere Aufteilung ermöglicht es uns aber, die aktiven von den weniger aktiven zu trennen. Diese Unterscheidung darf jedoch nicht so interpretiert werden, als würde Typ I einflussreicher sein als Typ II. Die Unterschiede können auch daher rühren, dass Typ I in einem Milieu agiert, in dem man häufiger über Politik diskutiert als in den Gesprächskreisen von Typ II.

Die Verteilung der MF über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Der Anteil der MF im Kanton Baselland liegt mit 23 % im Rahmen der Anteile, die auch in anderen Ländern ermittelt wurden.¹³ Der weniger aktive Typ tritt geringfügig häufiger auf als der aktive.

Männer bezeichnen sich erwartungsgemäss häufiger als MF als Frauen. Weibliche MF gehören hauptsächlich zu den weniger aktiven.

Die Anteile der MF nehmen innerhalb der Hierarchie der Berufsgruppen kontinuierlich ab. Bei den Spitzenberufen bezeichnet sich noch fast jeder zweite, in der oberen Mittelschicht noch fast jeder dritte, in der unteren Mittelschicht und in der Arbeiterschicht noch jeder vierte, bei den Pensionierten und bei den unteren Dienstleistungsberufen jeder fünfte und von den Hausfrauen lediglich

12 Zur Gültigkeit dieses Verfahrens s. Katz/Lazarsfeld, *op. cit.*, S. 153.

13 USA-21 bis 30 %; England - 27 %; BRD - 21 %.

Tabelle 5: Der Anteil von MF in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

		Von 100 Stimmbürgern der verschiedenen Gruppen sind		
		MF Typ I	MF Typ II	MF insgesamt
alle Stimmbürger	N=1027	10	13	23
Männer	N= 505	14	13	27
Frauen	N= 521	5	12	17
Freie Berufe, Chefbeamte	N= 33	33	12	45
Höhere Angestellte und Beamte	N= 81	18	14	32
Mittlere Angestellte und Beamte	N= 174	14	11	25
Selbständiges Kleingewerbe	N= 34	15	9	24
Arbeiter	N= 158	6	18	24
Untere Dienstleistungsberufe	N= 40	10	8	18
Pensionierte	N= 70	7	14	21
Hausfrauen	N= 369	4	12	16
Hochschule	N= 51	32	16	48
Matura	N= 62	23	18	41
Fachschule, Technikum, Lehrerseminar	N= 145	11	12	23
abgeschlossene Lehre	N= 365	10	10	20
obligatorische Schulausbildung	N= 399	4	13	17

jede sechste als MF. Herrscht in der oberen Hälfte der Hierarchie der aktive Typ vor, so überwiegt in der unteren Hälfte meist der weniger aktive, weil in diesen Kreisen allgemein weniger über Politik gesprochen wird.

Tabelle 6: Die Verteilung der MF über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen

	Von 100 MF gehören den verschiedenen Berufs- und Bildungsschichten an		
	MF Typ I N=98	MF Typ II N=129	MF insgesamt N=227
Freie Berufe, Chefbeamte	11	3	7
Höhere Angestellte und Beamte	14	9	11
Mittlere Angestellte und Beamte	26	15	20
Selbständiges Kleingewerbe	5	2	4
Arbeiter	9	23	17
Untere Dienstleistungsberufe	4	2	3
Pensionierte	5	8	7
Hausfrauen	16	33	26
Hochschule	16	6	11
Matura	14	9	12
Fachschule, Technikum, Lehrerseminar	16	14	15
Abgeschlossene Lehre	39	30	32
Obligatorische Schulausbildung	14	41	30

Ein ähnliches Bild zeigen die unterschiedlichen Anteile der MF innerhalb der verschiedenen Bildungsgruppen. Auffällig ist hier der tiefe Einschnitt, den die Matura markiert. Die Chance des Maturanden, MF zu werden, ist doppelt so gross im Vergleich zu den unteren und mittleren Bildungsschichten (Tabelle 5).

Obwohl die MF in den oberen Schichten, relativ gesehen, häufiger vorkommen, stammt der grössere Teil von ihnen aus den zahlenmässig starken unteren und mittleren Schichten. Dies geht deutlich aus Tabelle 6 hervor.

Politische Grundeinstellungen und politisches Verhalten

Tabelle 7: Politische Grundeinstellungen und politisches Verhalten der MF

Von 100 MF bzw. Nicht-MF	MF Typ I N=98	MF Typ II N=129	Nicht-MF N=792
haben starkes oder sehr starkes Interesse an der Politik	66	27	18
zeigen hohe politische Handlungsbereitschaft (mindestens 4 von 6 Punkten)	51	29	19
haben ein starkes Gefühl der politischen Wirksamkeit (mindestens 4 von 5 möglichen Punkten)	34	21	12
sind Mitglied einer Partei	34	18	8
haben während des Wahlkampfes viel oder etwas über die Wahlen durch Gespräche mit Kandidaten erfahren	36	12	6
gehen immer oder meistens zu Wahlen	89	74	58
gehen immer oder meistens zu Abstimmungen	81	73	54

MF gehören zum politisch aktiven Kreis der Bevölkerung (Tabelle 7). Sie sind stärker an Politik interessiert als Nicht-MF und sind eher bereit, aktiv in das politische Geschehen einzugreifen (höhere political competence). Sie verfügen dazu über ein stärker ausgeprägtes Gefühl, durch ihre Aktivitäten Einfluss auf den Ablauf des politischen Geschehens nehmen zu können (sense of political efficacy). Diese politischen Grundeinstellungen sind die psychologische Basis für ihre hohe politische Aktivität. MF nehmen häufiger an Abstimmungen und Wahlen teil, jeder dritte von ihnen ist Mitglied einer Partei, und auch der persönliche Kontakt zu den Nationalrats- oder Ständeratskandidaten der Parteien ist weitaus besser als derjenige der übrigen Wähler. Bei den weniger aktiven MF sind die genannten Grundeinstellungen im Vergleich zu den aktiven MF weniger stark ausgeprägt und ihre geringere Aktivität im politischen Gespräch wird begleitet von geringeren Aktivitäten auch in anderen Bereichen der politischen Partizipation.

Die Teilnahme an der politischen Basiskommunikation

MF – in diesem Fall lediglich die aktiveren – sind fast ausnahmslos von der Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Wahl- und Abstimmungskampfes überzeugt. Bei ihnen ist stärker als bei der übrigen Bevölkerung das Bewusstsein vorhanden, dass die öffentliche Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Gruppierungen im Ringen um die Gunst des Wählers vor wichtigen Wahlentscheidungen ein wesentliches Element demokratischen Lebens ist. MF nehmen daher auch intensiver an der politischen Basiskommunikation teil. Sowohl bei den Nationalratswahlen 1971 als auch bei Abstimmungen im allgemeinen fühlen sie sich besser informiert. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den beiden Typen von MF grösser als zwischen den weniger aktiven MF und dem Rest der Bevölkerung (Tabelle 8).

Tabelle 8: Die Informiertheit der MF und ihre Einstellung zur Information

Von 100 MF bzw. Nicht-MF	MF Typ I N=98	MF Typ II N=129	Nicht-MF N=792
halten den Wahl- und Abstimmungskampf für unbedingt notwendig oder nützlich	90	78	77
fühlten sich bei den Nationalratswahlen 1971 gut informiert	74	42	33
fühlen sich bei den Abstimmungen allgemein gut informiert	52	33	26
hielten bei den Nationalratswahlen 1971 das Informationsangebot für ausreichend, so dass man sich gut unterrichten konnte	76	65	61
halten bei Abstimmungen im allgemeinen das Informationsangebot für ausreichend, so dass man sich gut unterrichten kann	61	56	45
lesen regelmässig den politischen Teil der Zeitung	84	59	41

MF nutzen die Massenmedien weitaus intensiver als die übrigen Stimmbürger, wobei sich die aktiveren wiederum durchgehend durch eine ausgiebigere Rezeption gegenüber den weniger aktiven abheben (Tabelle 9). Besonders krass sind die Unterschiede zwischen MF und anderen bei der Nutzung der „anspruchsvolleren“ Medien, die im allgemeinen sehr stark selektiv rezipiert werden. Dazu gehören vor allem der politische Teil der Zeitung (Tabelle 8 und 9), aber auch die Wahlkampfbroschüren der Parteien. Beim Fernsehen, bei Wahlinseraten und bei Flugblättern der Parteien – alles Medien, deren Rezeption weniger psychischen und geistigen Aufwandes bedarf und die daher auch ihre politischen Informationen gleichmässiger über alle Bevölkerungsgruppen streuen – sind die Unterschiede geringer, beim Radio sind sie nur noch minimal. Diese Daten deuten darauf hin, dass ein Teil der politischen Informationen „mehrstufig“ fliesst – von den Massenmedien über die Relais- und Umformungsstationen der MF in die personalen Kommunikationsnetze¹⁴.

Fussnote 14 finden Sie auf Seite 78.

Tabelle 9: Nutzung der Massenmedien durch MF

	Von 100 Personen erfahren viel aus dem jeweiligen Medium über Wahlen		
	MF Typ I	MF Typ II	Nicht-MF
	N=98	N=129	N=792
Zeitungsberichte	83	70	48
Fernsehen	64	49	48
Broschüren der Parteien	57	43	32
Flugblätter der Parteien	50	50	34
Wahlinserte	46	40	30
Radio	45	46	38

Die Tatsache, dass MF mit dem Informationsangebot zufriedener sind als andere (Tabelle 8), deutet darauf hin, dass die politischen Informationen der Massenmedien, der Parteien und anderer politischer Gruppierungen noch am ehesten auf diese Gruppen zugeschnitten sind.

Soziale Partizipation

Die allgemeine Regel der politischen Theorie, dass politische und soziale Partizipation eng miteinander zusammenhängen, trifft nur auf die aktiven MF zu. Diese sind häufiger Mitglieder in einem oder mehreren Vereinen oder Verbänden als andere und nehmen aktiver am Vereinsleben teil. Die weniger aktiven MF unterscheiden sich dagegen in ihrer sozialen Aktivität kaum von der übrigen Bevölkerung. Wenn überhaupt Unterschiede zu erkennen sind, dann deuten sie häufig sogar auf eine schwächere Teilnahme am Vereins- und Verbandsleben hin (Tabelle 10).

Tabelle 10: Soziale Partizipation der MF

	Von jeweils 100 Personen		
	MF Typ I	MF Typ II	Nicht-MF
	N=98	N=129	N=792
sind Mitglied			
in drei oder mehr Vereinen	22	7	9
in zwei Vereinen	9	11	7
in einem Verein	38	28	31
in keinem Verein	31	54	51
nehmen aktiv am Vereinsleben teil			
in mehreren Vereinen	16	7	8
in einem Verein	35	27	30
in keinem Verein	49	66	62
sind Mitglied			
in mehreren Verbänden	11	5	4
in einem Verband	42	23	24
in keinem Verband	47	71	72

Zusammenfassung

Ein detaillierter Vergleich der Ergebnisse der schweizerischen Studie mit der internationalen Forschung ist wegen der unterschiedlichen operationellen Definitionen des Begriffs „Meinungsführer“ nicht möglich. Auf hoher Abstraktionsebene passen jedoch die schweizerischen MF in das Bild, das sich aus der allgemeinen Theorie der politischen MF ergibt: Etwa ein Viertel der Bevölkerung bezeichnet sich als MF. Sie treten häufiger bei Männern auf als bei Frauen, häufiger in den oberen Berufs- und Bildungsschichten als in den unteren. Sie gehören in Bezug auf ihre politischen Grundeinstellungen, ihre politische Aktivität, ihre Teilnahme an der politischen Basiskommunikation und ihre Teilnahme in anderen gesellschaftlichen Bereichen zum politisch und sozial aktiven Kern der Bevölkerung. Sie sind also eine interessante Gruppe für die politische Theorie. Daher wollen wir im nächsten Abschnitt ihre Bedeutung für den demokratischen Prozess – ein Aspekt, der in den bisherigen MF-Studien sehr vernachlässigt wurde – näher analysieren.

II. Politische Meinungsführer und Demokratie

„The ‚opinion leader‘ relationship is a useful instrument in democratic life.”¹⁵ Diese grundsätzlich positive Einschätzung der politischen MF für das Funktionieren des demokratischen Prozesses durchzieht die amerikanische Literatur – soweit sie überhaupt ein Urteil darüber abgibt – von den Wahlstudien der vierziger Jahre an bis zu den neueren MF-Studien hin.¹⁶ Kritische Äusserungen dazu gibt es nicht – weder zu den MF selbst noch zu ihrer positiven Bewertung durch die amerikanische Politologie. Diese unkritische Betrachtung wird jedoch den Chancen, aber auch den Gefahren, die politische MF für den demokratischen Prozess darstellen, nicht gerecht. Wir wollen daher in den folgenden Abschnitten einige politische Funktionen der MF etwas näher betrachten und ihre positiven und negativen Aspekte für ein demokratisches System beleuchten, das den Normen einer möglichst einsichtigen Teilnahme möglichst vieler Staatsbürger verpflichtet ist.¹⁷

14 Allerdings lässt sich die Mehrstufigkeit des Informationsflusses aus diesem Material nicht direkt belegen.

15 Berelson u. a., *op. cit.*, S. 114.

16 Z. B. Lazarsfeld u. a., *op. cit.*, S. 199; E. Katz, „The Two-Step Flow of Communication“, in: W. Schramm (Ed.), *Mass Communication*, Urbana/Chicago/London 1960, S. 348; J. W. Kingdon, *op. cit.*, S. 256, 258.

17 Nicht alle Demokratie-Vorstellungen enthalten dieses aufklärerische, nicht-elitäre Element. Aus den Modellen der Wettbewerbs-Demokratie und der bürgerlichen Repräsentativ-Demokratie ist es z. T. eliminiert. Als Beispiele für die Normen der aufklärerischen Demokratie vgl. J. Habermas, *Student und Politik*, Neuwied 1961; Ders., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied/Berlin 1965; Ders., *Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘*, Frankfurt a/M. 1968; P. Bachrach, *Die Theorie demokratischer Eliteherrschaft*, Frankfurt a/M. 1970; G. Zimpel (Hrsg.), *Der beschäftigte Mensch*, München 1972; Dies., *Selbstbestimmung oder Akklamation*, Stuttgart 1972.

1. Die Revision des Konzeptes der „manipulierten Massengesellschaft“

Unter dem Einfluss der Massenpsychologie und unter dem Eindruck faschistischer Massenbewegungen wurden in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts Zweifel an den Realisierungsmöglichkeiten der demokratischen Staatsform laut.

Man glaubte, die fortschreitende Industrialisierung und Verstädterung der Gesellschaft führe zu einer Auflösung der Bindungen der Individuen an die traditionellen Kleingruppenstrukturen. Folge davon sei, dass der Mensch auch in seiner Staatsbürgerrolle den Gesetzen eines Le Bon oder Sighele gehorche und schutzlos den Manipulationen einer kleinen Elite ausgeliefert sei. Der Wahlstudie von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern lag anfangs noch das Konzept einer solchen „vermassten“ Gesellschaft zugrunde, in der zentral gesteuerte Massenmedien die Masse der atomisierten Individuen lenken könnten.

In der Geschichte der Demokratie-Theorie markiert die Entdeckung der MF und die vorher bereits begonnene und danach fortgesetzte Erforschung der Kommunikation und Beeinflussung in Kleingruppen einen bedeutenden Wendepunkt. Die Befürchtungen der massenpsychologisch orientierten Demokratie-Kritiker konnten teilweise zerstreut werden. Man musste fortan die Existenz eines Netzes personaler Kommunikation und Beeinflussung bei der politischen Meinungs- und Willensbildung des Volkes in Rechnung stellen. Das Konzept einer Massengesellschaft liess sich bei der Analyse des politischen Systems nur noch in einer revidierten Form verwenden: „Massengesellschaft“ konnte nicht länger das Fehlen von Primärgruppenbindungen bedeuten, deren Vorhandensein empirisch nachgewiesen war. Wenn der Begriff „Massengesellschaft“ überhaupt noch verwendet wird, dann zeichnet sich eine damit gemeinte Gesellschaft durch eine „*Vermassung*“ im sekundären Bereich aus. Die Funktionärselite der Sekundärorganisationen, die für die politische Meinungsbildung wichtig sind, weil sich in ihnen zu einem grossen Teil die Vermittlung der Basisinteressen mit der Politik der Staatsspitze vollzieht – also die Funktionäre von Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen und Vereinigungen – haben den Kontakt mit der Massenbasis verloren.¹⁸ Dieses revidierte Konzept der Massengesellschaft, das die Existenz von MF berücksichtigt, kann einer modernen Demokratie-Kritik, die die unfruchtbare formale Dichotomie von demokratischen und totalitären Systemen überwinden muss, gute Dienste leisten.

2. Die angebliche Verhinderung von Manipulation

Die Freude über die Entdeckung der MF ist vor dem skizzierten wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund verständlich; scheint doch die Gefahr der Manipulation atomisierter Wählermassen durch die Massenmedien zunächst gebannt. In

18 So bei Ch. W. Mills, *Die amerikanische Elite*, Hamburg 1962; W. Kornhauser, *The Politics of Mass Society*, Glencoe, Ill. 1959; Ders., „Mass Society“, in: *International Encyclopedia of the Social Science*, Bd. 10, New York 1968, S. 58–64.

den amerikanischen Wahlstudien werden die MF „von einem ethischen Standpunkt aus . . . [als] . . . ein hoffnungsvoller Aspekt des ernstesten sozialen Problems der Propaganda“¹⁹ angesehen. „It was a healthy sign . . . that people were most successfully persuaded by give-and-take with other people and that the influence of the mass media was less automatic and less potent than had been assumed“.²⁰

Berechtigt jedoch die Wiederentdeckung der Kleingruppe mit den MF als Knotenpunkten des Kommunikationsnetzes tatsächlich zu der Ansicht, damit sei die These von der Manipulation durch Massenmedien widerlegt, wie es viele moderne Kritiker der Manipulationstheorie unter dem Einfluss der amerikanischen Kommunikationsforschung behaupten?²¹ Als unzutreffend erwies sich lediglich die simple Vorstellung, dass einzelne Manipulatoren mit Hilfe zentral gesteuerter omnipotenter Massenmedien ein vermasses Publikum „direkt“ beeinflussen können. Kommunikations- und Beeinflussungsprozesse sind stärker dezentralisiert als vermutet und laufen mehrstufig ab, wobei die MF eine wichtige Stufe darstellen. Damit ist jedoch das Problem einer gelenkten Beeinflussung noch nicht geklärt. Man muss vielmehr die Frage stellen, ob die MF nicht in den Vorgang einer „gesteuerten“ oder auch „unbewussten“, „systemimmanenten“ Beeinflussung eingespannt sind, um ihre Funktion im Prozess der Meinungsbildung angemessen zu erfassen. Man muss danach fragen, *wessen Interessen sie vertreten, welchen Ideologien sie anhängen* u. ä. Untersuchungen, die dieser Frage nachgehen, liegen jedoch nicht vor. Wir werden bei den Überlegungen der nächsten Abschnitte diese Frage ab und zu mit streifen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein weiterer Gesichtspunkt relevant: Die Kritiker der Manipulationstheorie betrachten „Manipulation“ als ein Bestreben, bestehende Meinungen und Verhältnisse zu verändern. Gegen derartige Einflüsse könnten Gruppennormen und MF, die diesen Normen unterworfen sind, Schutz bieten. Die moderne Manipulationstheorie sieht jedoch die manipulative Beeinflussung gerade darin, dass *Veränderungen verhindert und am Status quo bestehender Ideologien und Herrschaftsverhältnisse festgehalten* wird. Sie geht davon aus, dass die stagnierende Gesellschaft der Veränderung bedarf.

Auch die moderne pluralistische Demokratie-Theorie fordert ein bestimmtes Mass an Veränderung,²² an Meinungswechsel. Selbst wenn man von dem formalen, z. T. anti-aufklärerischen Modell der Wettbewerbs-Demokratie ausgeht, kann der demokratische Mechanismus nur funktionieren, wenn die Chance auf Machtwechsel durch Meinungsveränderung besteht. Ausserdem sind Demokratien bei einer zunehmenden Dynamik ihrer technischen, sozialen und wirtschaft-

19 Lazarsfeld u. a., *op. cit.* S. 199.

20 Katz, *op. cit.*, S. 348

21 Im deutschen Sprachbereich z. B. Silbermann, Luthe, König, Noelle-Neumann, Aufermann, Bohrmann, Kaupp, Glotz, Langenbucher (genaue Angaben bei Geissler, *op. cit.*, S. 165–69).

22 Auf die inhaltlichen Unterschiede, die mit der Vorstellung von „Veränderung“ verbunden sind, können wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen, da uns eine solche Erörterung zu der komplexen, variationsreichen Problematik von „Systemimmanenz“ und „Systemtranszendenz“ führen würde.

lichen Umwelt zu hoher Flexibilität auch im Bereich ihrer politischen Auffassungen gezwungen. Das setzt ständige Bereitschaft zur Revision überkommener Meinungen, Ideologien und Wertvorstellungen auch bei der Basis der Staatsbürger voraus. Der „demokratische Wert“ der MF bemisst sich also auch daran, *wieweit sie innovativen Tendenzen gegenüber aufgeschlossen sind*. Die Forschung kann dazu keine eindeutigen Aussagen machen, weil das Problem der „Konformität“ der politischen MF gegenüber den verschiedenen Norm- und Wertsystemen noch nicht differenziert genug untersucht worden ist.²³

3. Vertrauen in die Meinungsführer: ein Mechanismus zur Bewältigung undurchsichtiger, politischer Situationen

Die moderne Demokratie stellt den Staatsbürger vor immer schwierigere Probleme. Zunehmende Differenzierung und Komplexität der Gesellschaft, zunehmende internationale Verflechtungen und zunehmende Verwissenschaftlichung der politischen Praxis machen die politischen Probleme, über die sich der Staatsbürger informieren soll und über die er mitentscheiden soll, immer komplizierter. Die Ausübung der Staatsbürgerrolle – die Kritik und Kontrolle der Machtträger, die Teilnahme am politischen Prozess – stellt in der differenzierten Industriegesellschaft immer höhere zeitliche und intellektuelle Anforderungen an den einzelnen.

Zur Bewältigung der politischen Komplexität steht dem Bürger die Möglichkeit offen, die Analyse der politischen Situation und auch die politische Entscheidung selbst an Instanzen zu delegieren, von denen er vermutet, dass sie seine Interessen in der Auseinandersetzung der politischen Kräfte vertreten. Dadurch wird im demokratischen Prozess das mehr „rationale“ Element der *Einsicht in die Sache* durch das mehr „irrationale“ Element des *Vertrauens in Instanzen* ersetzt. „Vertrauen als Mechanismus zur Reduktion von Komplexität“²⁴ ist eine Erscheinung, die trotz ihrer anti-aufklärerischen, „personalisierenden“ oder „institutionalisierenden“ Tendenzen aus der politischen Basiskommunikation komplexer Gesellschaften nicht mehr zu verbannen ist.

Delegation auf der Basis des Vertrauens bringt zwei Probleme mit sich: Wodurch wird gewährleistet, dass der Vertrauende nicht getäuscht wird? Und wodurch wird gewährleistet, dass das Vertrauen gegebenenfalls entzogen werden kann?

Das zweite Problem spielt beim Vertrauensverhältnis im Prozess der Meinungsbildung eine weniger gewichtige Rolle als bei anderen Delegationsvorgängen (wie z. B. bei der Wahl der Deputierten). Dem Bürger steht es, vordergründig

²³ Kaltefleiter, *op. cit.*, erklärt das Überwiegen der SPD-Sympathisanten unter den politischen MF in der BRD mit der ungenügenden Basisarbeit der CDU. Vielleicht könnte es aber auch ein Hinweis darauf sein, dass sich politische MF eher zu den verändernden als zu den beharrenden Kräften hingezogen fühlen.

²⁴ Vgl. N. Luhmann, *Vertrauen*, Stuttgart 1968

betrachtet, frei, welchen Personen und Institutionen er vertraut, wessen Meinung er als „Expertenmeinung“ akzeptiert. Er kann jederzeit Vertrauen entziehen und anderen Instanzen schenken, er kann seine MF wechseln. Diese „Freiheit des Vertrauensentzugs“ ist jedoch nur vordergründig vorhanden, und wird durch eine Vielzahl von Faktoren beschränkt. Im Hinblick auf die Vertrauenspersonen der MF wird die „Freiheit der Auswahl und des Vertrauensentzugs“ vor allem durch die Weite und die Vielfalt des sozialen Kontaktfeldes bestimmt, in dem der einzelne Staatsbürger steht.

Gibt es eine Gewähr dafür, dass derjenige, der sich den Expertenmeinungen von MF anvertraut,²⁵ nicht bewusst oder unbewusst getäuscht wird? Hauptursache bewusster oder unbewusster Täuschung sind Interessenunterschiede, die zwischen Vertrauensinstanzen und Abhängigen bestehen. Vergleicht man verschiedene Personen und Institutionen, deren Meinungen zu politischen Fragen sich der Staatsbürger anvertrauen kann, im Hinblick auf mögliche Interessenunterschiede, so schneiden die MF günstig ab. Als mögliche Vertrauensinstanzen in der politischen Basiskommunikation kommen neben MF in Frage: Regierung, Parlamente, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, andere Vereinigungen, Massenmedien, bestimmte Politiker, bestimmte Journalisten, bestimmte Prominente. Wägt man die Alternativen gegeneinander ab, so sind die Gefahren einer Täuschung des Meinungsabhängigen bei den MF am kleinsten, da man in diesem Verhältnis die *grösste Identität der Interessen wegen der ähnlichen sozialen Lage der Partner* vermuten kann. Irrationale Meinungsbeeinflussung verläuft hier vorwiegend „*schichtintern*“ – innerhalb der ähnlichen oder der gleichen Sozial- und Interessenlagen – und weniger „*schichtübergreifend*“, über die Schichtgrenzen hinweg, wobei die vertikale Richtung innerhalb eines hierarchisch gedachten Schichtmodells „von oben nach unten“ nur eine der vielen möglichen Richtungen ist.

Eine Ausnahme von dieser Regel bilden allerdings die „*geschlechtsspezifischen Schichten*“, wenn man dieses analytische Modell auch auf das Verhältnis von Mann und Frau übertragen will und zwischen beiden Interessenunterschiede unterstellt. Wahrscheinlich ist die starke Abhängigkeit der Frauen von männlichen MF eines der Fundamente, auf denen die privilegierte Stellung des Mannes beruht.

Insgesamt gesehen scheint jedoch das Vertrauensverhältnis von MF und Meinungsfragern im Vergleich zu anderen das kleinere Übel zu sein. Daher ist auch das nicht näher begründete Urteil von Berelson, Lazarsfeld und McPhee über die „politische Weisheit eines unpolitischen Volkes“ berechtigt: „*The political wisdom of an apolitical people may consist of an ability to judge among the especially competent and trusted people around them*“.²⁶

25 Es sind vor allem Personen mit wenig Ausbildung und mit geringem politischen Interesse, die sich MF anvertrauen und auf die MF daher Einfluss ausüben können (empirische Belege bei Lowe/McCormick, *op. cit.*, S. 658/59).

26 Berelson u. a., *op. cit.*, S. 114.

Vertrauensinstanzen sind, wie gesagt, Orientierungspunkte in der politischen Basiskommunikation, an die sich der weniger informierte und politisch weniger gebildete Staatsbürger halten kann, wenn er sich eine eigene Meinung bilden will oder wenn er eine politische Entscheidung – z. B. an der Urne – fällen muss. Solche Orientierungspunkte werden um so wichtiger, je undurchsichtiger die Sache selbst ist. Wir wiesen bereits auf drei sehr allgemeine strukturelle Ursachen derartiger Undurchsichtigkeit hin: zunehmende intra-gesellschaftliche Komplexität, zunehmende inter-gesellschaftliche Interdependenz, zunehmende Verwissenschaftlichung der Politik. Es gibt jedoch auch kulturspezifische Eigenarten der politischen Systeme, die der Transparenz des politischen Bereichs zu- oder abträglich sind. Zwei Charakteristika des politischen Systems der Schweiz erschweren dem Stimmbürger eine stark sachbezogene Orientierung und lassen vermuten, dass in der Schweiz den Vertrauensinstanzen eine besondere Bedeutung zukommt:

1. Die verwirrende *Vielzahl und Vielfalt der Parteien* machen die politische Landschaft unübersichtlich.

2. Die *hohe Zahl der Urnengänge* verlangen vom Stimmbürger einen hohen Aufwand an Information und verleiten ihn zur politischen Abstinenz²⁷ oder zur Delegation der Situationsanalyse.

Eine weitere Eigenart des schweizerischen politischen Systems – die *Sachabstimmung* – lässt vermuten, dass gerade den MF unter den Vertrauensinstanzen eine besondere Bedeutung zukommt: bei Wahlen spielen Parteien und Kandidaten als Vertrauensinstanzen und Orientierungspunkte eine wichtige Rolle. Ausserdem lässt sich rationales Wahlverhalten durch traditionales Wahlverhalten ersetzen. Bei Sachabstimmungen dagegen entfallen diese Möglichkeiten, einem rationalen Entscheid auszuweichen, teilweise. Der Rekurs auf die MF – aber auch auf die Massenmedien – bietet sich dagegen geradezu an.

4. Meinungsführer – wichtige intermediäre Instanzen

MF sind wegen ihrer überdurchschnittlich guten politischen Bildung und ihres überdurchschnittlich hohen Informationsniveaus einerseits, wegen ihrer Verteilung über alle Bevölkerungsgruppen und der relativ geringen Entfremdungsfahr andererseits eine wichtige Instanz der vertikalen demokratischen Kontrolle und der Vermittlung der Basisinteressen mit der Spitze der staatlichen Machtträger. Die pluralistische Demokratie-Theorie hat bisher hauptsächlich den sogenannten

27 Das Gefühl, nicht informiert zu sein, sowie die verwirrende Vielfalt des Informationsangebots sind wichtige Motive, nicht an der Wahl teilzunehmen (dazu Trappe, „Einstellungen gegenüber Partizipation und Abstinenz anhand eines Attitude Inventory's“, in: Trappe (Hrsg.), *op. cit.*, S. 270ff.; R. Geissler, „Politische Kommunikation“ in: P. Trappe (Hrsg.), *op. cit.*, S. 128ff.).

„intermediären Organisationen“, den Verbänden und Interessengruppen diese Vermittlungs- und Kontrollrolle zugeschrieben.²⁹ Es scheint uns gerechtfertigt, neben den bisherigen drei Ebenen des Kontroll- und Vermittlungsprozesses – Staat, intermediäre Organisationen, Massenbasis – noch eine vierte – die MF – zu unterscheiden. MF entfalten keine „blinde“ politische Aktivität, sondern verbinden politisches Engagement und politisches Handeln mit einer regen Teilnahme an der politischen Kommunikation. Ihre Einstellungen zum politischen Bereich – insbesondere ihre Bereitschaft zum politischen Eingreifen – sowie ihre durch intensive Information bedingte Einsicht in politische Zusammenhänge befähigen sie im besonderen Masse, die klassischen Personen und Institutionen der Repräsentanz – Regierung, Parlamente, Spitzenfunktionäre politischer und gesellschaftlicher Institutionen – kritisch zu kontrollieren. Sie sind ein *wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Nicht-Organisierten sowie zwischen Spitze und Basis der intermediären Organisationen.*

5. Zum Problem von Agitation und Aufklärung

Das Verhältnis von MF und Meinungsfragern ist nicht notwendigerweise ein reines Vertrauensverhältnis. Die Beratung in politischen Fragen kann durchaus aufklärerische Elemente enthalten: einigermaßen ausgewogene Information, differenzierte, abwägende Situations- und Problemanalyse, sachliche Begründung des eigenen Urteils, eventuell auch Berücksichtigung anderer möglicher Standpunkte, Aufzeigen von Alternativen und Problematisieren der eigenen Position. Eine „Meinungsführung“, die derartige Elemente enthält, lässt dem Meinungsfrager noch ein Minimum an einsichtiger Selbständigkeit bei politischen Entscheidungen. Sie nimmt ihm das Bewerten der Situation, das Urteil darüber, was seine Interessen sind, wo und wodurch seine Interessen am ehesten vertreten werden, nicht von vornherein ab. Dem Meinungsfrager verbleibt ein Rest von Selbstbestimmung.

Eine mehr agitatorische Beratung wählt bewusst – oder auch unbewusst – einseitige Informationen aus, sie gibt Wirklichkeit stark verzerrt oder sogar bewusst verfälscht wieder, sie wertet ohne sachliche Begründung. Ihr einziges Ziel besteht darin, den Meinungsfrager dazu zu bringen, bestimmte politische Meinungen oder Verhaltensweisen zu übernehmen. Zur Erreichung dieses Zieles sind ihr alle Mittel der Überredung und Manipulation recht. Aufklärerische Beratung möchte überzeugen, durch das Bewusstsein vermittelte Lernprozesse in Gang setzen, sie respektiert das Recht des Partners auf Mündigkeit und Selbstbestimmung. Agitatorische Beratung dagegen möchte Meinungen und Verhalten des Partners selbst (fremd-)bestimmen, sie zielt tendenziell auf Entmündigung.

29 Z. B. K. Löwenstein, „Gruppenpluralismus und Machtdynamik“ in: F. Nuscheler/W. Steffani (Hrsg.), *Pluralismus*, München 1972, S. 183; ebenso die beiden angeführten Arbeiten von Kornhauser.

Der „demokratische Wert“ des MF bemisst sich also auch an seinem Führungsstil. Es ist anzunehmen, dass es verschiedene Typen politischer Meinungsführer gibt: solche, deren Kommunikationsverhalten mehr aufklärerische Züge trägt, und andere, deren Informationsvermittlung und Meinungsbeeinflussung eher agitatorisch-manipulativen Charakter besitzt. Empirische Untersuchungen zu diesen Fragen liegen nicht vor.

6. MF – ein retardierendes Moment bei der Umverteilung von Macht und Lebenschancen?

Die neopluralistische Theorie der Demokratie geht davon aus, dass alle in der Gesellschaft vorhandenen Interessen die gleiche Chance haben, sich im Gegenüber der politischen Kräfte durchzusetzen.³⁰ Gegen diese Version der modernen Pluralismus-Idee sind eine Reihe von Einwänden erhoben worden.³¹ Auch das Phänomen der MF deutet auf Ungleichheiten der Durchsetzungschancen hin und kann mit erklären, warum die Interessen der Oberschichten in der Politik pluralistisch-demokratischer Staaten besser zur Geltung kommen als die Interessen der benachteiligten Unterschichten und warum sich in Staaten mit formal gleichen Teilnahmechancen für alle Staatsbürger soziale Ungleichheiten nur schwer abbauen lassen.

MF nehmen in zweierlei Hinsicht wichtige Positionen in einer informellen Machtstruktur ein:

1. In ihrer Rolle als Staatsbürger nutzen sie die Partizipationschancen besser als andere. Sie sind in allen Bereichen der politischen Teilnahme der engagierte und aktive Kern der Bevölkerung und können daher ihre eigenen Interessen wegen der besseren Einsicht in die politischen Zusammenhänge besser erkennen und auch besser geltend machen. Ihr Einfluss auf das politische Geschehen ist grösser als der anderer Bevölkerungsgruppen.

2. In ihrer Rolle als MF nutzen sie die Möglichkeit, ihren Einfluss auf das politische Geschehen noch zu verstärken, eventuell sogar zu vervielfachen, indem sie andere Staatsbürger in ihrem Sinne beeinflussen.

Die ungleiche Verteilung der MF über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen – viele MF in den Oberschichten, MF-Defizit in den Unterschichten – sowie der eventuelle vertikale Einfluss über die Schichtgrenzen hinweg deuten darauf hin, dass MF, gesamthaft betrachtet, dazu beitragen, bestehende soziale Privilegien zu erhalten, dass sie ein retardierendes Moment bei der Umverteilung von Macht und Lebenschancen darstellen. Allerdings muss der Empiriker hinter diese Hypothese ein Fragezeichen setzen: Es fehlen empirische Analysen zur Frage, welche Interessen und Ideologien MF vertreten und bei ihrer politischen Teilnahme bzw. bei ihrer Meinungsführung geltend machen.

30 W. Steffani, „Einleitung“ zu F. Nuscheler/W. Steffani (Hrsg.), *op. cit.*, S. 31, 35.

31 Zur Theorie und Kritik des Pluralismus vgl. Nuscheler/Steffani (Hrsg.), *op. cit.*.

7. Zusammenfassung

Es lässt sich mit Sicherheit sagen, dass die amerikanische Politikwissenschaft mögliche negative Aspekte der MF bisher übersehen hat. MF stehen zwar in einer gewissen Konkurrenz zu Einflüssen, die von Massenmedien ausgehen. Sie sind auch Vertrauensinstanzen, bei denen – verglichen mit anderen Instanzen – am ehesten einer Täuschung der Abhängigen vorgebeugt ist. Dadurch werden sie ein annehmbares Hilfsmittel für die schlechter informierten Bürger, die Kompliziertheit der politischen Probleme zu bewältigen und wichtige Verbindungsglieder zwischen Spitzen und Basis im Prozess der demokratischen vertikalen Kontrolle und Interessenvermittlung. Solange sie jedoch nicht über alle Schichten gleichmäßig verteilt sind und solange sich schichtübergreifende Einflüsse stärker von oben nach unten als umgekehrt vollziehen, können sich die Interessen der privilegierten Bevölkerungsgruppen über die MF im politischen Prozess besser durchsetzen als die Interessen der benachteiligten. Ebenso wären eine veränderungsfeindliche Mentalität und ein manipulativer Führungsstil der MF Momente, die der Durchsetzung einer aufklärerischen Demokratie im Wege stünden. Die Konjunktive in der Formulierung weisen darauf hin, dass sich viele Aussagen über die Bedeutung der MF im demokratischen Prozess im Bereich des Spekultativen bewegen und noch der empirischen Überprüfung bedürfen.